



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 08.09.2017:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, dan-news, lug-info sowie ria.ru

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Lug-info.com: Pressekonferenz des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Politische Untergruppe

Dieses Mal hat der Koordinator der politischen Untergruppe von der OSZE Herr Morel sich nicht zurückgehalten und eine recht deutliche und emotionale negative Bewertung der Handlungen der Ukraine abgegeben.

Vor allem hat er gesagt, dass die Ukraine im Verlauf eines Jahres in keiner Weise ihre Positionen zu den Fragen, die auf der Tagesordnung der Gruppe stehen, vorgestellt hat. Der Objektivität halber muss angemerkt werden, dass dies nicht ein Jahr gedauert hat, sondern fast zwei Jahre. Ende 2015 hat diese Gruppe das letzte Mal irgendein Dokument von der ukrainischen Seite gesehen, in dem eine Positionen dargelegt war. Aber wie es sich dann erwies, hat der Vertreter der Ukraine in der Gruppe schließlich erklärt, dass dies seine persönliche Position ist und dieses Dokument mit der offiziellen Positionen der Ukraine nicht gemein hat.

Der Koordinator versucht systematisch schon seit 70 Treffen von der Ukraine zu erreichen, dass sie dennoch in irgendeiner Form ihre Position deutlich macht und das ist in 70 Treffen nicht erfolgt.

Die Untätigkeit von Seiten der Ukraine führt in dem Prozess der Einrichtung eines besonderen Status der LVR und DVR durch die Ukraine in eine Sackgasse.

Ökonomische Untergruppe

Das Problem mit der Bezahlung für das Wasser, das vom von der Ukraine kontrollierten Territorium auf das Territorium der Republik geliefert wird, an das wir bereits mehrfach erinnert haben, dieses Thema wurde mehrfach erörtert und es wird sich jetzt wahrscheinlich eine Lösung finden.

Es werden Mechanismen behandelt, die es erlauben werden, diese Faktoren zu beseitigen und die es erlauben, sichere Bedingungen für die Durchführung der Zahlungen zu schaffen. Es gibt Hoffnung darauf, dass wir mit diesem Problem im Rahmen der ökonomischen Unterarbeitsgruppe erfolgreich zurecht kommen werden.

Im Rahmen der Arbeit der ökonomischen Untergruppe ist eine ernsthafte Dynamik in Fragen der Organisation eines Runden Tisches zu Fragen der ökologischen Sicherheit zu

beobachten, an dem die Ukraine ihre Teilnahme bisher nicht bestätigt hat.

Untergruppe zur Sicherheit

Derzeit ist nicht einmal ein perspektivisches Datum für die Trennung von Kräften und Mitteln geplant. Leider wird diese Kompromissvariante, die jetzt erörtert wird, wieder von der Ukraine blockiert. Wir haben unsere Vorschläge mit konkreten Karten, mit konkreten Koordinaten vorgebracht. Die ukrainische Seite hat sich als nicht bereit erwiesen, sie zu erörtern.

Bei dem Treffen am 6. September hat der Leiter der OSZE-Mission Herr Apakan deutlich erklärt, dass die letzte in den OSZE-Berichten festgestellte Verletzung des „Regimes der Ruhe“ im Trennungsgebiet von Staniza Luganskaja am 22. August war.

Die Ukraine unternimmt von ihrer Seite aus leider manchmal Schüsse, um dann zu sagen: „dort wird geschossen – man kann nicht rennen“. Ja, sie tun das tatsächlich, aber öfter noch denken sie sich einfach Beschüsse aus.

Wir unsererseits sind bereit, die Augen vor einzelnen Verletzungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zu schließen und haben darauf bestanden. Von unserem Gesichtspunkt aus ist es so, je schneller wir mit der Trennung von Kräften und Mitteln beginnen, desto schneller werden wir alle Verstöße in diesem Gebiet beenden.

Die zweite Frage, die in der Arbeitsgruppe zur Sicherheit erörtert wurde, waren die perspektivischen Gebiete. Wieder endete das mit der trockene Aufzählung dieser Gebiete. Sich bei der Erörterung der folgenden Etappe der Trennung der Kräfte fortzubewegen, ist nicht möglich ohne Erfüllung der ersten Etappe (am Abschnitt bei Staniza Luganskaja) und die Ukraine tut alles ihr Mögliche, damit das nicht geschieht.

Kontaktgruppe

Auf der weiteren Sitzung der Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Donbass am 6. September in Minsk haben die Beteiligten die Situation bei der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit dem Beginn des neuen Schuljahrs analysiert.

Hier ist die Dynamik in einem gewissen Grad positiv, die OSZE-Mission hat die Aufmerksamkeit auf die Verringerung der Zahl der Verletzungen gelegt, dennoch bleibt die Frage aktuell, und es ist notwendig, an der Gewährleistung der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu arbeiten.

Aber nun kommt hier wieder einmal eine interessante Situation auf. Ganz von Anfang an wurde die Frage der Öffentlichkeit dieses Prozesses erörtert. Die Seiten sollten die Befehle über die Feuereinstellung, über Maßnahmen zur Gewährleistung dieser Feuereinstellung und über Maßnahmen, die ein objektives Monitoring dieser Situation durch die OSZE-Mission unterstützen sollen, veröffentlichen. Insbesondere bezüglich eines kategorischen Verbots, die OSZE-Mission bei der Durchführung des Monitoring zu behindern.

Mehr noch, bei der Videokonferenz am 31. August hat Herr Hug, der stellvertretende Leiter der OSZE-Mission kategorisch darauf bestanden, dass dieser Prozess öffentlich und transparent sein muss, alle Dokumente müssen veröffentlicht werden, bis hin zur Veröffentlichung dieser konkreten Schritte zur Anwendung von Maßnahmen gegenüber Verletzern des Regimes der Feuereinstellung, von der Öffentlichkeit der Schritte selbst gar nicht zu sprechen.

Sowohl wir als auch die DVR haben diese Befehle veröffentlicht. Nachdem wir sie veröffentlicht haben, beginnt die Ukraine davon zu reden, dass wir angeblich „eine solche Möglichkeit erörtert haben, aber wir das nicht vereinbart haben“ und deshalb die Ukraine nicht die Absicht hat, solche Befehle zu veröffentlichen. Hier also wieder ein deutlicher Hinweis auf das Herangehen der Ukraine an die Vereinbarungen, an die Verpflichtungen. Die Ukraine hat – das ist das Maximum, was sie getan hat – darüber informiert, dass die

Befehle an das Personal gegeben wurden. Nun wäre es auch seltsam, wenn man einen Befehle ausgeben würde und ihn dem Personal nicht einmal zeigen würde. Wer wird dann eine Entscheidung über eine Feuereinstellung erfüllen, wenn das Personal darüber nichts weiß?

Dan-news.info: „In den mehr als acht Monaten Verhandlungen, nachdem die ukrainische Seite entschieden hatte, die Menschen für den Austausch nach Kategorien einzuteilen, beginne ich jede Sitzung mit demselben Satz: „Wenn Sie nicht aufhören, Menschen nach Kategorien einzuteilen und nicht alle festgestellten und bestätigten Personen in die Listen aufnehmen, wird es keinen Gefangenen austausch geben“. Derzeit schlägt Kiew uns vor, von unseren 267 festgestellten Menschen 199 zurückzugeben, haben wollen sie 70, während 58 festgestellt sind. Wir sind damit nicht einverstanden, das ist nicht konstruktiv“, sagte die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa gegenüber DAN. Nach ihrer Meinung bestätigen solche Handlungen ein weiteres Mal die Verzögerung des Prozesses der Vorbereitung zum Austausch. Dabei bringen die Vertreter Kiews solche Vorschläge zielgerichtet vor, offenkundig kennen sie die negative Antwort aus Donezk. Die Position der Republik in dieser Frage ist seit langer Zeit unverändert – ein Gefangenen austausch muss nach der Formel „alle gegen alle“ stattfinden.

„In den Minsker Vereinbarungen sind keinerlei Kategorien oder Aufteilungen der Menschen nach Paragraphen vorgesehen. Es gibt eine Forderung: alle gegen alle auszutauschen“, sagte sie.

Morosowa unterstrich, dass in Bezug auf die festgehaltenen Anhänger der DVR auch eine Umänderung von Paragraphen stattfindet, was die Gefangenen automatisch von der Möglichkeit ausnimmt, in die Austauschliste aufgenommen zu werden.

„Sie lassen Paragraphen fallen, die mit dem Konflikt im Donbass verbunden sind und nehmen sie so in die Liste von Personen auf, die keinerlei Beziehung zum Konflikt haben. Zum Beispiel gab es innerhalb des letzten Jahres in der allgemeinen Austauschliste 62 Personen mit Vorwürfen nach besonders belastenden Paragraphen. Jetzt gibt es davon nur noch 11 – die übrigen wurden als „nicht ATO“ umqualifiziert“, erklärte Morosowa. Sie fügte hinzu, dass die DVR ihrerseits nicht versucht, mit Listen zu spekulieren. Sie werden ausschließlich entsprechend der offiziellen Bestätigung von Seiten Kiews zusammengestellt.

Außerdem werden nach den letzten Informationen von der ukrainischen Seite 496 Menschen festgehalten, unter anderem 267 Menschen, deren Aufenthalt auf ukrainischem Territorium bestätigt ist, bei 229 Menschen fehlt diese oder wird noch ermittelt. Im August wurden an Kiew Anfragen bezüglich zweier Personen geschickt, die zum ersten Mal in die Liste aufgenommen wurden, aber Antworten auf die Anfragen sind nicht erfolgt. Bezüglich eines Menschen wurde der ukrainischen Seite das erste Mal eine Anfrage gestellt, in der Liste der Vermissten gibt es 509 Menschen, möglicherweise befinden sie sich auch in ukrainischer Gefangenschaft.